

LESERBRIEFE

Gegen Sparmassnahmen bei der Berufsbildung

Seit Jahren wird von Politik und Wirtschaft auf die immense Bedeutung der dualen Berufsbildung auf den Wohlstand der Schweiz hingewiesen. Der Kanton Luzern hat sich auf die Fahne geschrieben, eine «Referenzgrösse» in der Berufsbildung zu sein.

Die politische Realität sieht im Kanton Luzern leider anders aus. Der Druck auf das Erfolgsmodell Berufsbildung erreicht mit den vorgeschlagenen Sparmassnahmen einen weiteren traurigen Höhepunkt. Die Berufsbildung muss im Vergleich zu anderen Bereichen besonders stark bluten.

Im AFP 2016–2019 plant die Regierung aus kurzfristigen finanziellen Überlegungen riesige Kürzun-

gen. Die Einsparungen betreffen die Lehrpersonen und indirekt vor allem die Lernenden. Mit der Erhöhung der Lektionenverpflichtung der Lehrpersonen, der «Sparwoche» und weiteren Sparmassnahmen werden die Löhne bis gegen acht Prozent gekürzt. Alleine bei den Berufsschullehrpersonen sollen etwa 19 Vollzeitstellen abgebaut werden. Schon in den Vorjahren wurden Unterstützungsangebote für schwache Lernende gestrichen, die Klassengrösse auf 26 Lernende erhöht und Klassenlehrpersonen gestrichen. Mit diesem Leistungsabbau wird die Betreuung und Entwicklung der Lernenden immer schwieriger. Besonders schwächere Schüler und

Schülerinnen geraten zunehmend unter Druck.

Die Sparvorschläge schwächen in fahrlässiger Art und Weise die Berufsbildung, einen zentralen Pfeiler unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Gut ausgebildete und marktfähige Berufslernende sind unsere Zukunft! Diese jungen Menschen haben Taten verdient, nicht nur Worte. Wir rufen alle konstruktiven Kräfte in Politik und Wirtschaft auf, sich für eine starke Berufsbildung einzusetzen und auf die geplanten Kürzungen zu verzichten.

Stefan Moser, Präsident Verband der Luzerner Berufsschullehrer und Berufsschullehrerinnen, BCH-LU

Leserbriefe

Die Rubrik «Leserbriefe» dient der freien Meinungsäusserung. Die veröffentlichten Leserbriefe müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Die Länge soll sich auf maximal 80 Zeilen beschränken (2700 Zeichen). **wb**

Santenberg – «es besonders Stöck vo de Ärde»

Seit fast zwanzig Jahren leben wir nun hier am Santenberg. Wir kamen vom sonnigen Wallis, aber trotz der paar nebligen Tage haben wir uns hier schnell wohl und daheim gefühlt. Die Leute sind freundlich, hilfsbereit und sehr offen. Schnell habe ich gemerkt und entdeckt, dass hier «es besonders Stöck vo de Ärde» ist.

Im Vergleich zu anderen Kantonen oder Gemeinden ist die Bevölkerung hier am Santenberg sehr motiviert, kreativ und engagiert. Die Jahreszeiten sind geprägt mit verschiedensten Traditionen, Festen und Bräuchen, mit dem reichhaltigen Programm des Frauenvereins, dem grossen kreativen und lehrreichen Angebot der Aktiven Familie, der schön und liebevoll gestalteten Kirche für Kinder- oder Sonntagsfeiern. Aber auch das Mukiturnen, das Kinderturnen oder der Kinderchor geben ein starkes Fundament, sind gute Werte und entwickeln ein soziales Netz für unsere Kinder. Dies haben wir alle bitter nötig, wenn wir schauen, wie es auf unserer Welt so zu und her geht!

Mein Leserbrief wäre viel zu lange, würde ich alle positiven Kriterien aufzählen, die unsere beiden Dörfer Wauwil und Egolzwil nebst kostba-

rem Naturgebiet und atemberaubender Aussicht auf die Berge auszeichnen. Ich werde nie vergessen, wie die Zusammenarbeit, die positive Kraft und Energie, die Liebe zum Detail anlässlich unseres Musiktages von der ganzen Bevölkerung vom Santenberg spürbar war. Das Resultat war super! Unglaublich, was entstehen kann, wenn wir miteinander am gleichen Strick ziehen.

Seit einigen Monaten aber sind dunkle Wolken am Santenberg aufgezogen, ein unheimliches Gefühl liegt in der Luft. Kommentare hier und da, Spekulationen, Misstrauen, Freundschaften brechen. Eigentlich schade, und alles nur wegen Differenzen, Meinungsverschiedenheiten, Intoleranz, Inkompetenz und Respektlosigkeit!

Brauchen wir das? Wir haben ja wirklich kein «echtes» Problem. Es geht uns allgemein noch immer zu gut, sonst hätten wir keine Zeit für solche Sachen!

Vergessen wir nicht die Vergangenheit, nicht die Zeit vor den Fusionsdiskussionen! Sind wir lieber dankbar, auf so einem «besondere Stöck vo de Ärde» leben zu dürfen.

Maya Fontannaz, Egolzwil

Wer die Wahl hat, wählt Erfahrung

Am 15. November kommt es zum zweiten Wahlgang bei den Ständeratswahlen. Da stehen sich bekanntlich unter anderem Yvette Estermann (SVP), Konrad Graber (CVP) und Damian Müller (FDP) gegenüber.

Vergleichen wir doch diese Wahlen mit der Rekrutierung in der Privatwirtschaft. Wie geht ein Unternehmen vor, wenn es eine wichtige Stelle neu zu besetzen hat. In den meisten Fällen sind Erfahrungen und Kompetenz die wichtigsten Argumente. Selbstverständlich spielt die Lohnforderung der einzelnen Kandidaten auch eine Rolle.

Der weniger erfahrene Kandidat kann kostengünstiger eingestellt werden. Erst einige Zeit später jedoch wird er zu einem brauchbaren und selbstständigen Mitarbeiter. Wertvolle Zeit

Die linke Fahrbahn wird gesperrt

Dieses politische Verdikt dürfte eine Volksmehrheit am 18. Oktober ausgedrückt haben, sonst wäre kaum von einem politischen Erdbeben die Rede. Es geht hier nicht um einen Wahl-Kommentar, sondern um eine Beobachtung, wie linke und rechte Printmedien am Tag nach der Wahl versuchen, ihre Klientel bei Laune zu halten. Es kann auch Anregung sein für eine Vorwärtsstrategie mit Erfolgsaussichten.

So titelt der linksstehende Tages-Anzeiger seinen Leitartikel «Ein gespaltenes Land». Die Wahlen hätten die Schweiz weiter polarisiert. Dies seien schlechte Vorzeichen für die anstehenden Reformen, schreibt der «Tagi» weiter. Moment, was soll denn dieses Gejammer? War es denn nicht genau die Linke samt den Splitterparteien, welche unser Land gespalten hatte, Volksentscheide ignorierte, in die zerstrittene EU wollte, die Privatsphäre gefährdet und den gläsernen Bürger implantieren will? Und das Resultat? «Die ich rief, die Geister...» Eine Neuauflage wäre Fortsetzung einer unfähigen Mitte-Lotterie.

Ganz anders die rechtsstehende «Neue Zürcher Zeitung». Ihr Mon-

tagskommentar, schlicht und einfach «Rückkehr zur Normalität». Es wird dargelegt, wie die hochgejubelten Splitterparteien im politischen Alltag auch nur mit Wasser kochen können. Die eigentlich gewünschte «neue Mitte» funktionierte wie ein Würfelspiel mit Zufallstreffer. Es fanden sich höchst ungleiche Bettgenossen zusammen. Wortwörtlich ist im Kommentar nachzulesen: «Wenn das Volk anders denkt als weite Teile des Parlaments, sind Korrekturen irgendwann unausweichlich.» Dies bedeutet dann auch eine Rückkehr zu eidgenössischer Normalität.

Es scheint so, dass nach mehrjähriger Irrfahrt wieder die erfolgreiche bürgerliche Konkordanz herbeigeseht wird. Man will wieder die verlässlich prosperierende Nation sein, berechenbar mit dem bewährten Bundesrat nach Parteienstärke 2+2+2+1. Einen Bundesrat und ein Parlament, die unsere echte Volksdemokratie wahrnehmen und respektieren. Um dieses gewünschte Ziel erreichen zu können, muss die linke Fahrbahn gesperrt bleiben.

Hans Isenschmid, Egolzwil

BRIEF

aus dem Kantonsrat



Urs Marti
CVP, Zell

In unserem Kanton steht am 15. November der zweite Wahlgang für die beiden Luzerner Ständeratssitze an. Ansonsten gehören jedoch die nationalen Wahlen wieder für vier Jahre

Sparmassnahmen um jeden Preis?

der Vergangenheit an. Im Wahlkampf haben wir viele Versprechen gehört. Es ist zu hoffen, dass sich die Gewählten in Bundesbern daran erinnern werden. Ich denke beispielsweise an die Beteuerungen, die unnötige Bürokratie abzubauen. Unsere Wirtschaft und wir Unternehmer leiden unter den unzähligen «Papiertigern», die nach wie vor von unseren Verwaltungen produziert statt wie versprochen abgebaut werden.

Bei den nationalen Wahlen ist der erwartete Rechtsrutsch eingetreten. Dies verwundert mich nicht. Die

Themen Flüchtlinge und Asylwesen waren omnipräsent, und die Ängste der Schweizer Bevölkerung vor Überfremdung wurden teilweise bewusst geschürt. Unsere Gesellschaft muss den echten Flüchtlingen helfen und ihnen Schutz bieten, das ist unsere Pflicht. Es kann und darf aber nicht sein, dass unser System ausgenutzt wird. Wie auch immer sich das neue Parlament parteipolitisch zusammensetzt: Eine nachhaltige Flüchtlingspolitik, ohne die christlichen und humanitären Werte über Bord zu werfen, ist dringend gefordert. Ich erwarte von unseren Parlamentarierinnen und Parlamentariern Lösungen.

Von der schweizerischen Politik zur Luzerner Kantonspolitik. Hier stehen gleich mehrere Themen an, die auch für unsere Region sehr wichtig sind. Zu einigen ausgewählten Punkten möchte ich meine Haltung darlegen.

Richtplan: Der Richtplan wurde durch das Kantonsparlament in der letzten Session genehmigt. Die Ängste der Landschaft, dass sie ins Abseits gestellt wird, sind nicht verflogen. Daran ändern auch die zum Teil im Kantonsrat eingeflossenen Bemerkungen nichts. Es bleibt dabei: Auf der Landschaft soll gewohnt werden, die Zentralisierung in Richtung Stadt

hält an. Fakt ist aber, dass durch diese Strategie und die Tatsache, dass wir heute viel längere Arbeitswege in Kauf nehmen, ein markanter Mehrverkehr entsteht. Dieser wird nicht nur in den Städten, sondern vermehrt auch auf der Landschaft zum Problem. Dieser Tatsache müssen wir vorausschauend begegnen und unsere Verkehrskonzepte anpassen.

Volksinitiative «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe»: Die Initiative verlangt, dass der Unterricht der zweiten Fremdsprache erst auf der Sekundarstufe I beginnt. Die Regierung beantragt dem Kantonsrat, die Initiative als ungültig zu erklären, da sie gegen übergeordnetes Recht verstösst (Schulharmonisierungsartikel in der Bundesverfassung). Mit der Wochenstundentafel 2006 wurde im Kanton Luzern die erste Fremdsprache ab der 3. Klasse und die zweite Fremdsprache ab der 5. Klasse eingeführt. Dazu habe ich eine klare Haltung: Je jünger die Kinder sind, desto einfacher lernen sie Sprachen. Man kann es drehen und wenden wie man will, doch Englisch ist die wichtigste Sprache der Welt. Für zahlreiche Schweizer Unternehmen sind Mitarbeitende mit guten Englischkenntnissen zwingend nötig. Diesem Trend können wir uns nicht entziehen. Wichtig bleibt aber auch die Tatsa-

che, dass wir zumindest zwei unserer Landessprachen verstehen sollten. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass wir generell an den beiden Fremdsprachen festhalten und die bisher positiven Erfahrungen seit der Umsetzung nicht ausser Acht lassen.

Volksinitiative «Für faire Unternehmenssteuern»: Die Initiative der Linken fordert im Wesentlichen, die auf 2012 vorgenommene Halbierung der Unternehmenssteuer zur Hälfte rückgängig zu machen. Aus meiner Sicht würde das die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Luzern aber deutlich schwächen. Der effektive Steuerertrag (Staats- und Bundessteueranteil) der juristischen Personen betrug in den Jahren 2009 bis 2011 zwischen 123 und 148 Millionen Franken. Im Jahr 2014 liegt er trotz Halbierung der Unternehmenssteuer bereits wieder bei rund 110 Millionen Franken. Auch den Gegenvorschlag der Regierung erachte ich nicht als zielführend. Denn dieser richtet sich in der Hauptsache gegen Aktionäre, für die der Standort Luzern damit ebenfalls an Attraktivität verlieren würde. Der Gegenvorschlag wird noch im Parlament behandelt und es ist nicht sicher, ob er dem Volk unterbreitet wird. Die CVP will an der im Jahr 2012 eingeleiteten Steuerstrategie festhalten und den erfolgreichen Pfad

Mitglieder für den Ständerat einzuschulen, haben wir nicht. In dieses «Stöckli» gehören Politiker, die wissen, durch welche Türe man in den Saal kommt. Um nach dem Weg zu fragen, sollte man nicht in den Ständerat.

Erfahrung gegen Neuling – wenn es bei einem Unternehmen in der Privatwirtschaft vorwärtsgehen muss, fällt der Entscheid auf Erfahrung. Dies sollte auch für die Schweiz gelten. Die Bürger können einen wichtigen Vertreter für den Kanton Luzern brauchen. In der Privatwirtschaft wird der Lehrling nicht direkt in die Geschäftsleitung gewählt. Da werden Stufen bewusst durchlaufen. Ist das in Bern denn nicht so?

Roland Staub, Geiss

nicht verlassen. Das ist auch meine persönliche Haltung.

Budget 2016: Die Verschuldung des Kantons Luzern hat in den letzten Jahren nicht zugenommen und die Abschlüsse waren grossmehrheitlich positiv, soweit scheint alles in Ordnung. Der Vorschlag der Regierung zum Budget 2016 weist nun einen Fehlbetrag von rund 20 Millionen Franken aus, und dies auch noch nur dank einigen heiklen, zum Teil konzeptlosen Kürzungen. Längerfristig fehlen gar noch deutlich grössere Summen. Wir haben also tatsächlich ein Einnahmen- und Ausgabenproblem. Sparübungen sind für die Betroffenen immer schwierig. Speziell einem Abbau bei der Sicherheit (Polizei-Präsenz) oder einem Abbau in der Bildung, wie der Schliessung der Fachklasse Grafik, kann ich nicht zustimmen. Leider ist aber unser Bildungssystem durch viele Neuerungen sehr teuer geworden. So haben sich beispielsweise die Ausgaben für die Sekundarstufe zwischen 1992 und 2011 verdoppelt. Wir werden Mittel und Wege finden müssen, um unsere Finanzen wirkungs- und massvoll einzusetzen. Dafür werde ich mich im Rat stark machen.

Freuen wir uns auf eine interessante und hoffentlich lösungsorientierte Diskussion zum Budget.